

Lübeck, 21.05.2025

Interfraktioneller Antrag

Fraktionen:

Geschäftsstelle der CDU-Fraktion

Geschäftsstelle der Fraktion BÜ90 DIE GRÜNEN

Geschäftsstelle der FDP Fraktion

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: info@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1060)

CDU, BÜ90/DIE GRÜNEN, FDP - Antrag zu: AT zu VO/2024/13678 Bericht über die Neufassung der Stadtverordnung über Parkgebühren in der Hansestadt Lübeck

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
22.05.2025	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Der Bürgermeister wird beauftragt,

- der Bürgerschaft über die finanziellen Auswirkungen zu berichten, welche die Anwendung der neuen Stadtverordnung im Vergleich zur bisherigen Regelung bewirkt.

Hierbei ist

- auf Jahresbasis eine Gegenüberstellung von bisherigen Ist- und zukünftigen Planzahlen vorzunehmen,
 - eine Darstellung sowohl für den „Konzern HL gesamt“ als auch getrennt nach den Effekten bei der KWL und für den Kernhaushalt der HL vorzunehmen.
- Bei der Kommunalaufsicht Schleswig-Holstein eine Stellungnahme/Beurteilung zu folgenden Fragestellungen einzuholen:
 - Liegt in diesem konkreten Fall ein „Handeln des Bürgermeisters nach Weisung“ vor, das in seiner Ausgestaltung so ausgewogen und angemessen ist, dass der kommunalen Selbstverwaltung (Bürgerschaft) keine Rechte zur Mitentscheidung/Ausgestaltung einzuräumen sind?
 - Sind die vorgesehenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit, Zielrichtung und Ausgestaltung so weitgehend, dass grundlegende Rechte der kommunalen Selbstverwaltung in einer Weise betroffen sind, die ein Mitwirkungsrecht der Bürgerschaft begründen?

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Anlagen: